

17. Wahlperiode

Antrag

auf Annahme einer EntschlieÙung

der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion

Gegen Gewalt an Frauen – Bleiberecht für Opfer von Menschenhandel

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Das Abgeordnetenhaus spricht sich aus Anlass des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November nachdrücklich dafür aus, dass den Opfern von Menschenhandel unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eine Perspektive für ein sicheres und selbstbestimmtes Leben eröffnet wird. Sie sind dabei zu unterstützen, sich aus der Gewaltsituation zu befreien und ihre Rechte auf Wiedergutmachung durchzusetzen. Alle Opfer von Menschenhandel haben Anspruch auf staatliche Unterstützung, unabhängig davon, ob sie durch Zeugenaussagen bei der Aufklärung und Bekämpfung von Verbrechen mitzuwirken vermögen.
2. Das Abgeordnetenhaus würdigt ausdrücklich die engagierte und professionelle Arbeit der Frauen in den Fachberatungsstellen und NGOs sowie ihrer verlässlichen Partnerinnen und Partner in den Behörden und drückt ihnen für ihren unermüdlichen Kampf gegen Gewalt an Frauen seine besondere Wertschätzung aus.
3. Das Abgeordnetenhaus fordert vom Senat, dass er sich im Zuge der anstehenden Umsetzung der EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels sowie zum Schutz seiner Opfer auf Bundesebene dafür einsetzt, dass Aufenthaltstitel und Aussagebereitschaft im Strafverfahren entkoppelt werden, so wie es Expertinnen und Experten im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Bekämpfung von Menschenhandel gefordert haben.

Ein sicherer Aufenthaltsstatus ist die Voraussetzung dafür, dass Betroffene ausreichende medizinische Versorgung, Zugang zu Bildung und Arbeit und juristische Vertretung bekommen.

4. Das Abgeordnetenhaus fordert vom Senat, dass er sich auf Bundesebene und im Rahmen der länderübergreifenden Zusammenarbeit dafür einsetzt, dass alle Maßnahmen im Kampf gegen Menschenhandel stets hinsichtlich ihrer Folgen für die Opfer geprüft werden und die Betroffenen ihre Ansprüche auf Entschädigung in Deutschland durchsetzen können.
5. Das Abgeordnetenhaus fordert vom Senat bis zum 1. März 2013 einen Bericht über die Schwerpunkte der Arbeit der Berliner Fachkommission Frauenhandel in dieser Legislaturperiode.

Berlin, d. 14. November 2012

U. Wolf Sommer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Pop Kapek Kofbinger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Lauer Kowalewski
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion